Afrika im Abgrund

Autor(en): **Renschler, Regula**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **94 (2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-144224

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Regula Renschler

Afrika im Abgrund

«Versänke morgen das Afrika südlich der Sahara – ausgenommen Südafrika – im Meer, die Frankfurter Börse würde kaum reagieren.» Regula Renschler zitiert diesen Satz von Erhard Eppler, der vielleicht mehr über den Neoliberalismus aussagt als über Afrika. Tatsache ist jedoch, dass Afrika nach einem hoffnungsvollen demokratischen Aufbruch am Ende des Kalten Krieges (vgl. Al Imfeld, Afrika im Umbruch, NW 1991, S. 296ff.) heute ein Bild des Zerfalls bietet. Die Autorin sieht Afrika nicht nur am Abgrund, sondern im Abgrund. Die Ursachen dieser fatalen Entwicklung liegen in einer faktisch inexistenten politischen Ordnung, in Verwahrlosung, Gewalt, Korruption und Klientelismus sowie in der neoliberalen Globalisierung und im Zerfall der Rohstoffpreise. Ein Umdenken findet zwar statt, selbst innerhalb der Weltbank, aber es fehlt an Partnern, wirklichen Eliten, verantwortungsbewussten Regierungen. Ob da die effizienteren Nicht-Regierungs-Organisationen in die Bresche springen und nicht vielmehr die politische Instabilität alimentieren? Einen Hoffnungsschimmer sieht Regula Renschler im Schuldenerlass für die ärmsten Länder. – Der Text gibt ein Referat wieder, das als Auftakt zum 8. Symposium der Deutschen Gesellschaft für Tropenchirurgie am 11. November 1999 an der Friedrich Schiller-Universität in Jena gehalten wurde. Red.

Ein Bild des Zerfalls

Sozial, wirtschaftlich und politisch bietet Afrika heute ein Bild des Zerfalls. Verantwortungslose Regierungen, machthungrige Eliten, eine absterbende Wirtschaft, Kriege, die immer wieder aufflammen oder nicht beendet werden, Verletzung der Menschenrechte, Armut, Hungersnöte und grassierende Krankheiten charakterisieren in der einen oder andern Form fast alle Länder des grossen Kontinents. Daran haben schon fast heroische Versuche Einzelner, eine demokratische Ordnung auf die Beine zu stellen, wie zum Beispiel diejenigen von *Julius Nyerere* in Tanzania oder von *Thomas Sankara* in Burkina Faso, leider nichts geändert.

Rund zwei Drittel der Afrikanerinnen und Afrikaner südlich der Sahara leben vierzig Jahre nach der Unabhängigkeit nach wie vor von *Subsistenzwirtschaft* oder schlagen sich in der *Schattenwirtschaft* der immer grösser werdenden Städte durch. Der Staat ist praktisch inexistent. Die Staatsverschuldungen stiegen auf astronomische Zahlen.

Eine Folge der mangelnden politischen Führung und der serbelnden Wirtschaft ist die *Verwahrlosung* sozialer Gruppen und eine Zunahme des *Gewaltpotentials* vor allem in den Städten. Davon profitiert der internationale Waffenhandel. Mancherorts, wie zum Beispiel in Somalia, im Sudan, in Sierra Leone, in Liberia oder im Kongo, nahmen Warlords völlig überhand. Es gibt keine Rechtssicherheit und keine Demokratie.

Die *Subsahara* ist aus dem Weltmarkt praktisch ausgegliedert, beschränkt auf die Rolle eines *Rohstofflieferanten*. Produktive Unternehmen zerfallen, als Folge von unqualifizierter Leitung, mangelnder Wartung, fahrlässiger Zerstörung oder von fehlenden Investitionen. Dabei ging, was an Wissen und Können vorhanden war, auch noch verloren.

Daran haben die *Interventionen* von aussen nichts geändert, im Gegenteil, sie haben den Prozess noch beschleunigt. Vor

zwanzig Jahren haben Weltbank und IWF für Afrika *Strukturanpassungsprogramme* lanciert, die sogenannten SAPs. Die aufgeblähten Beamtenapparate sollten verschlankt, die Budgets gekürzt und Afrika der Zugang zum Weltmarkt gewährleistet werden. Den abgangswilligen Beamten wurde eine Entschädigung versprochen. Was geschah?

1. Die Fähigsten verliessen den Staatsapparat und gingen in die Privatwirtschaft oder, vor allem nach 1990, in den wachsenden Sektor der NGOs.
2. Die Budgetkürzungen betrafen den sozialen und den Bildungssektor, betrafen somit jenen grossen Teil der Bevölkerung, der besonders vernachlässigt war.
3. Eine verarbeitende Industrie wurde kaum aufgebaut oder sie hatte keine Chance. Der Weltmarkt war nur an Rohstoffen interessiert. Und je mehr hier angeboten wurde, desto stärker sanken die Preise.

Zum Beispiel fielen die Preise für *Kaffee und Kakao* zwischen 1980 und 1990 um 70 Prozent, derjenige der Baumwolle um fast 30 Prozent. Und sie fallen weiter: Anfang November letzten Jahres fiel der Kakaopreis wieder um die Hälfte. Betroffen davon sind Hunderttausende von Kleinbauern an der Westküste Afrikas.

Liberalisierung und *Globalisierung* haben diesen Prozess ebenfalls beschleunigt. Zwar gibt es auch in Afrika mittlerweile eine kleine Wirtschaftselite, der es gut geht und die mithält, aber sie ist noch sehr klein und sie hat kein Interesse, Strukturen zu verändern, an denen sie verdient. Der Weltmarkt und ihre politischen Vertreter auch nicht.

Erhard Eppler, der frühere deutsche Entwicklungsminister, schreibt in der neuen Ausgabe der Zeitschrift epd-Entwicklungspolitik:

«So wie der Neoliberalismus innerhalb der westlichen Staaten die Ausdehnung der Slums in Kauf nimmt und einkalkuliert, so werden international die ‹terrae incognitae› oder die ‹entités chaotiques ingouvernables› in Kauf genommen und einkalkuliert. Versänke morgen das Afrika südlich der Sahara – ausgenommen Südafrika – im Meer, die Frankfurter Börse würde kaum reagieren.»

Die *neoliberale Politik* will den schwachen Staat. Entwicklung aber, darauf weist Erhard Eppler ganz entschieden hin, kann nur geschehen, wenn der Staat funktioniert. Wenn sich ausländische Investoren auf die Behörden verlassen können, wenn es eine Rechtssicherheit gibt. Die gibt es in Afrika nicht.

Ein *Umdenken* fand hingegen – endlich! – in den Köpfen einiger *Weltbankexperten* statt: Sie fordern jetzt eine Neuorientierung der internationalen Finanzhilfe, insbesondere die Unterstützung von Projekten im sozialen Bereich und im Bildungssektor.

Doch neues Denken bedarf der *Partner*. Bedarf verantwortungsbewusster Regierungen, bedarf überhaupt einer strukturierten Politik. Diese fehlt weitherum, die wenigen Ausnahmen ändern an der allgemeinen Misere nichts. Es liegt meiner Erfahrung nach nicht am Volk, wenn es Afrika nicht auf einen grünen Zweig bringt. Denn niemand, der in Afrika gewesen ist, wird bestreiten, dass Afrikaner fleissig sind und dass sie Mut und Phantasie entwickeln, wenn es darum geht zu überleben. Es liegt an den Regierungen, an den Eliten und an allen, die davon profitieren.

Die Elite hat sich eingerichtet in dem, was der deutsche Soziologe *Ulrich Schiefer* «Renteneinkommen» nennt. Das heisst, man lebt von Entwicklungshilfe, Finanzhilfe, Krediten, Öllizenzen, Gefälligkeitszahlungen. Man hat Häuser und Bankkonti im sicheren Ausland, zum Beispiel in der Schweiz, und wenn es allzu heiss wird, haut man ab.

Zum Beispiel Nigeria

Ein gutes Beispiel für den Niedergang eines Landes unter einer Folge von korrupten Regimen ist Nigeria. Nigeria ist mit 110 Millionen Menschen das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Ein *reiches Land*. Nigeria ist der erste Erdöllieferant Afrikas, weltweit steht es an sechster Stelle. Der IWF hat Nigeria erst kürzlich ein «enormes ökonomisches Potential» bestätigt.

Gleichzeitig, stellt der IWF-Rapport fest, lebt die Hälfte aller Nigerianerinnen und Nigerianer in *grösster Armut,* und das heisst, dass mindestens ein weiteres Drittel in relativer Armut lebt. Und was das wiederum heisst, können wir uns mittlerweile vorstellen. Von 1980 bis 1990 sank das Pro-Kopf-Einkommen in Nigeria von 1000 Dollar im Jahr auf 300 Dollar.

Die verschiedenen Regime haben das reiche Land in die Abhängkeit und in die Armut geritten, indem sie unter dem Eindruck des *Erdölbooms* in den siebziger Jahren alles auf die Karte des schwarzen Goldes setzten und einen nicht geringen Teil der Erlöse in die eigenen Taschen steckten. Vor dreissig Jahren stammten 65 Prozent der Exporterlöse aus der Landwirtschaft, Nigeria stand an erster Stelle in Bezug auf die Produktion von Palmöl und von Erdnussöl, an zweiter Stelle in Bezug auf Kakao. Heute stammen 95 Prozent des Exporterlöses aus Erdöl und nur 1 Prozent aus der Landwirtschaft. Nigeria muss Nahrungsmittel importieren.

Doch nicht einmal das Erdöl kommt der Bevölkerung zugute: Nigeria – man glaubt es kaum – leidet immer wieder unter Benzinknappheit, die Machthaber und auch viele kleine Gauner verkaufen es schwarz und sacken den Gewinn ein. Nigeria steht, laut Transparency International, an sechster Stelle in Bezug auf *Korruption*. Und bald macht jeder mit, wie soll er sonst überleben.

Wer sich gegen diese Praktiken wehrt, wer sich einsetzt für die *Menschenrechte,* der oder die hat in Nigeria nichts zu lachen. Das hat der Dichter *Ken Saro-Wiwa* erfahren, der seinen Kampf gegen die Ausbeutung seines Landes durch die Ölfirmen mit dem Leben bezahlte; das hat der weltberühmte Schriftsteller *Wole Soyinka* erfahren, der im Gefängnis sass, das haben viele nigerianische Medienschaffende erfahren, die eingekerkert wurden, weil sie Korruption anprangerten. Und dasselbe Los ereilte Politiker, unter ihnen sind der Bruder des bekannten Musikers Fela, *Beko Ransome Kuti,* oder der Sieger der annullierten Wahlen von 1993, *Moshood Abiola*.

Afrika, die Grossmächte und die Welt

Die Welt – oder wer in der Welt das Sagen hat – hat Afrika weitgehend abgeschrieben. Vor 1989, vor dem Ende des *Kalten Krieges,* da war es noch anders, da brauchten oder missbrauchten die Grossmächte die afrikanischen Staaten noch als Bündnispartner. Nur so lässt sich beispielsweise die jahrzehntelange Unterstützung des Regimes Mobutu durch die USA erklären. Nach 1989, als die ehemaligen Grossmächte Frankreich und Grossbritannien weitere Hilfe von Demokratisierung und Mehrparteiensystemen abhängig machten, kam Hoffnung auf. Und es gab positive Beispiele für die neue Hoffnung: Burkina Faso etwa oder Mali. Oder das einsam leuchtende Beispiel des politischen und moralischen Wunders *Nelson Mandela*.

Das ist vorbei. Sogar *Frankreich,* das für die Erhaltung der Francophonie tief in den Sack greift und das jahrzehntelang die Staatsbudgets seiner Ex-Kolonien bezahlt hatte, wurde Afrika schliesslich zu teuer: Der Franc CFA wurde vom französischen Franken abgekoppelt.

An einer Tagung in Ermatingen am Bodensee, wo sich Ende Oktober Prominenz aus Politik und Wirtschaft den Kopf über die Zukunft der Schweiz zerbrach, prophezeite der vormalige deutsche Aussenminister Klaus Kinkel:

«25 Prozent Europa, 25 Prozent USA, 50 Prozent asiatisch-pazifischer Raum – so wird die künftige Weltordnung aussehen.»

Ob es Widerspruch gab, ist mir leider nicht bekannt. Übrigens fehlt in Kinkels Prophezeiung auch Lateinamerika.

Gesellschaftliche und historische Gründe

Afrikanische Intellektuelle liefern uns einige interessante Hinweise über die Hintergründe der politischen Misere in ihren Ländern. Der Politologe *Mamadou Dia* schreibt in einem Weltbank-Bericht über «Africas Management in the 90ies and Beyond», dass das aus der Kolonialzeit übernommene System starker *Zentralre-*

gierungen zwar geeignet war, Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten, aber weniger geeignet, eine Politik der Entwicklung in Gang zu bringen. Den nachkolonialen Regimen hätte es an legislativen und gerichtlichen Kontrollmechanismen gefehlt. Wörtlich schreibt Mamadou Dia:

«Moralische und politische Legitimität wurde durch Klientelismus ersetzt und politische und persönliche Loyalität höher belohnt als Leistung.»

Thierry Michalon, Professor an der Universität von Guyana, führt die Einführung starker Zentralregierungen auf das Vorbild Frankreichs zurück, das 1962, unter de Gaulle, die allgemeine Volkswahl des Präsidenten einführte und dessen Amt mit, wie Michalon sagt, «einer fast monarchischen Machtfülle» ausstattete.

Beide weisen darauf hin, dass die traditionellen Regierungen in Afrika vor dem Kolonialismus durch Konsens und breite Partizipation regierten, dass den Afrikanern Parteiensysteme auf der Basis unterschiedlicher politischer Vorstellungen und das System von Regierung und Opposition eigentlich fremd seien. Dies führte, schreibt Mamadou Dia, zu machtorientierten Regimen ohne legislative und gerichtliche Kontrollinstanzen, zu Vetternwirtschaft und zur *Vernachlässigung lokaler Selbstverwaltung*.

Der *Präsident* ist eine Art König, und ein traditioneller Chef muss vor allem für seine Familie, für seinen Clan sorgen. Das tun die modernen Präsidenten auch – gerade Mobutu war ein gutes Beispiel dafür. Und wer dazu gehört, hat ausgesorgt. Nicht immer zum Besten des Staates: Dass zum Beispiel so viele Unternehmen vor die Hunde gingen, dass Staatsstellen durch Unfähige besetzt sind, hat mit *Klientelismus* zu tun.

Dem *Westen,* vorab den früheren Kolonialmächten, kam die politische Schwäche der afrikanischen Staaten zustatten, konnten sie dadurch doch besser eigene Interessen durchsetzen. Sie haben *Konflikte geschürt* – wie zum Beispiel den zwischen Rwanda und Burundi – und Diktatoren gestützt, als deren Hände längst von Blut trieften.

Immer wieder wird gefordert, Afrika müsse sich der ihm vom Westen vor vierzig Jahren aufgestülpten Institutionen entledigen und sich auf seine eigenen zurückbesinnen. Die Frage ist: Warum geschieht das nicht? Das Volk weiss Bescheid über die Korruption seiner politischen Führer, da kann man nur die satirischen Zeitschriften etwa in Nigeria oder Senegal lesen. Dennoch gibt es *keine Volksaufstände* gegen korrupte Regime, Diktaturen und Pseudodemokratien. Die Opposition bleibt Einzelnen vorbehalten. Warum ist das so? Vielleicht weil der Chef immer zu respektieren ist?

Hier stossen wir in jenen Bereich vor, den ich für den interessantesten halte und der in der Diskussion über den anderen Weg Afrikas oft vernachlässigt wird: den *kulturellen Aspekt*. Dazu gehört nicht nur das andere soziale Verständnis der meisten Afrikaner, das sich immer noch stärker der gemeinsamen Abstammung verpflichtet fühlt als übergeordneten Interessen; dazu gehört auch ein anderes Geschichtsbewusstsein.

Die Rolle der Nicht-Regierungsorganisationen

In diesem Klima der politischen Instabilität haben sich in Afrika überall NGOs, Nicht-Regierungs-Organisationen, etabliert. Zu ihnen gehören ausländische *Hilfswerke* mit ihren lokalen Vertretungen, lokale Agenturen, Gruppen, die bestimmte Interessen vertreten. Zu den NGOs muss man im weitesten Sinn auch die *Kirchen* rechnen. Es ist eine breite, interessante, lebendige Szene entstanden, die mancherorts fast die Regierungen ersetzt oder die mindestens eine Art *Parallelstruktur* darstellt. Manchmal verfügen ausländische NGOs über mehr Geld als das entsprechende Ministerium. Aus all diesen Gründen suchen häufig die fähigsten Leute eines Landes Arbeit in einer NGO.

Die *Effizienz* der NGOs ist unbestritten, sie vollbringen manchmal kleine Wunder, sie geben nicht auf, arbeiten hartnäckig weiter. Sie kennen ihre Dossiers. Mittlerweile sind sie ja auch als vollwertige Part-

ner bei Internationalen Konferenzen zugelassen.

Manche NGOs fragen sich mittlerweile: Ob sie den Regierungen nicht zuviel abnehmen und gerade dadurch den Schlendrian ermöglichen? Ob die ausländischen NGOs wegen ihrer Aussenfinanzierung nicht eine Art *Sekundärökonomie* eingeführt haben und dadurch die politische Instabilität am Leben erhalten?

Dass die politische Instabilität auch den *Entwicklungsprojekten* schadet, liegt auf der Hand. Rabiate Kritiker wie *Reinold Thiel,* Redaktor der renommierten Zeitschrift E+Z schrieb, es gebe in Afrika «bisher kaum Erfolgsgeschichten der Entwicklungszusammenarbeit», und der bereits erwähnte Professor Ulrich Schiefer meint, die EH-Agenturen hätten den vielerorts stattfindenden *Projektkannibalismus,* der zu regelmässiger Neu- und Wiederausstattung von Entwicklungsprojekten zwinge, nicht verhindern können. Wörtlich schreibt er:

«Die Mitteltransfers von aussen haben dazu beigetragen, eine lokale Elite heranzuziehen, deren Existenzgrundlage diese Mittel sind, und die nicht an eigenständiger Produktion, sondern an weiterem Mittelzufluss interessiert ist. Die zufliessenden Mittel werden von ihr absorbiert, so dass für Entwicklung nichts übrig bleibt.»

Als wir vor rund vierzig Jahren die Entwicklungshilfe in Gang setzten, waren wir überzeugt, dass die grösste Armut bis ans Ende des Jahrhunderts überwunden sein werde. Das Gegenteil ist eingetreten: Die *Schere zwischen Arm und Reich* öffnet sich immer mehr, gerade in den letzten zehn Jahren.

Von aussen kann man wenig tun. Schnell wird es in Afrika nicht aufwärts gehen. Ein Hoffnungsschimmer ist im Moment der *Schuldenerlass* für die ärmsten Länder. Viel entschiedener als bisher, meine ich, sollten demokratische Kräfte in Afrika unterstützt, die Menschenrechte verbreitet und Kriegsverbrecher vor internationalen Gerichtshöfen angeklagt werden.

NW-Gespräch mit Peter Bosshard

Der Schock von Seattle sitzt tief

Nach dem Weltwirtschaftsforum in Davos

Am 1. Februar ist das 30. Weltwirtschaftsforum in Davos zu Ende gegangen. Erstmals war eine Vertretung von Nicht-Regierungs-Organisationen eingeladen. Auf der andern Seite beteiligten diese sich aber auch an einer unbewilligten Demonstration gegen das Weltwirtschaftsforum. Ob eine solche Doppelstrategie aufgeht, wollte der Redaktor der Neuen Wege von Peter Bosshard, Mitarbeiter der Erklärung von Bern, wissen. Das folgende Gespräch dreht sich vor allem um den nachwirkenden «Schock von Seattle» und die Glaubwürdigkeitslücke einer wirtschaftlichen Globalisierung, wie sie auf dem Davoser Gipfel vornehmlich von Tony Blair, Bill Clinton und dem WTO-Direktor Mike Moor vertreten wurde. Gefragt sind Alternativen einer politischen Globalisierung, die uns aber die real existierende Politik inkl. Sozialdemokratie schuldig bleibt. *Red.*

Doppelstrategie mit Druck von aussen und Lobbyarbeit von innen

NW: Peter Bosshard, Du bist soeben aus Davos zurückgekehrt. Als Mitarbeiter der Erklärung von Bern (EvB) hast Du Dich am 30. Weltwirtschaftsforum (WEF) eingemischt. Was wollte die EvB von den dort